ADLERSHOF AKTUELL

Zeitschrift für Veränderung

Juni 2014
kostenlos

Solidarität ist gefragt!

Es ist unerträglich, wenn Nazis und Rassist*innen gegen Flüchtlingsunterkünfte hetzen. Auch in Adlershof machen NPD und andere Stimmung gegen die neue Unterkunft in der Radickestraße. „Adlershof Aktuell" möchte über die Geflüchteten, ihre Lebensbedingungen und die rassistische Hetze informieren sowie Möglichkeiten aufzeigen sich für eine Willkommenskultur und gegen Rassismus zu engagieren. Denn viele Adlershofer*innen treten für ein solidarisches Miteinander ein und heißen die vor Krieg, Hunger und Vertreibung Geflüchteten Willkommen. Zeigen wir zusammen, dass Rassismus in Adlershof keinen Platz hat!

Franziska Ulm-Düsterhöft, 30 Jahre, Amnesty Int.

»Ich möchte den Menschen helfen. Ich hoffe, dass mir auch jemand hilft, falls ich meine Heimat verlassen muss.«

Karl-Heinz Gromoll, 89 Jahre, Rentner

»Ich weiß, kein Mensch verläßt seine Heimat einfach so. Diesen Menschen gehört meine ganze Solidarität.«

Friedrich Graf, 29 Jahre, Pastor

»Liebe hat man nur im Geben! Jesu bedingungslose Liebe zu empfangen, übt mich, jeden meiner Mitmenschen zu lieben.«

Deutschlands Verantwortung für Fluchtursachen

Menschen, die nach Deutschland fliehen, müssen sich immer wieder die Frage gefallen lassen, „was sie denn hier zu suchen hätten“. Dabei gibt es viele Gründe zu fliehen und an vielen Ursachen ist Deutschland maßgeblich beteiligt.

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteuer der Welt. Und anders, als gern angenommen, werden diese Waffen nicht nur an Rechtsstaaten geliefert. In fast jedem bewaffneten innerstaatlichen Konflikt auf der Welt tauchen deutsche Waffen auf. Oftmals laufen die Waffenlieferungen über Drittstatten. Dies war allen Bundesregierungen klar und ist auch der Waffenindustrie bewusst. So wurde beispielsweise der Sudan mit deutschen Waffen überschwemmt. Und gegenwärtig töten deutschen Waffen in diesem Land, dass durch den Genozid in der Region Darfur mit über 300.000 Toten schon genug Elend erlebt hat, immer noch jeden Tag Menschen. Aber Deutschland beliefert auch augenscheinlich lupenreine Demokratien mit Produkten, die Fragen aufwerfen. So gingen deutsche Kriegswaffen an die mexikanische Polizei, die diese im eigenen Land einsetzt.

Neben massenweise kleinen Waffen liefert Deutschland aber auch Kampfpanzer, wie zum Beispiel an die Diktatur in Saudi-Arabien. Was das dortige Regime damit anstellt, konnte man im Jahr 2011 in Bahrain sehen, als saudische Truppen mit Panzern gegen die Protestbewegung des Arabischen Frühlings vorgingen. In Saudi-Arabien sind auch regelmäßig Bundespolizisten im Auftrag des Rüstungskonzerns EADS unterwegs, um dortige bewaffnete Einheiten des Regimes auszubilden, in einigen Fällen haben diese schon als Zuschauer bei Hinrichtungen teilgenommen.

Deutsche Waffen, deutsches Geld …

Aber nicht nur die Läufe von Pistolen und Gewehren lassen viele Menschen die Flucht ergreifen, auch andere deutsche Exportschlager tragen dazu bei. So ist Deutschland führend im Export von Überwachungstechnik, mit der Diktatoren ihre Bürger*innen ausspionieren und verfolgen. Solche Systeme waren beispielsweise für das Regime im Iran 2009 essentiell, um die Proteste junger Menschen gegen ihre Diktatur brutal niederzuschlagen.

Ein weiteres perfides Beispiel ist der Export chemischer Stoffe für Giftgas aus der Bundesrepublik, mit dem im Syrischen Bürgerkrieg hunderte Menschen getötet wurden.

Und auch in ökonomischer Hinsicht ist Deutschland auf internationaler Ebene dafür mitverantwortlich, dass Menschen nichts anderes übrig bleibt, als ihre Heimat zu verlassen. Deutschland ist die mächtigste Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union und zwängt in dieser Funktion Entwicklungsstaaten einseitige Handelsbarrieren im Lebensmittelbereich auf. Den Volkswirtschaften der Entwicklungsstaaten – und vor allem den Menschen, die darunter leiden – wird dadurch bewusst Schaden zugefügt. Deutschland leistet sich in diesem Zusammenhang üppige Agrarsubventionen, eine Folge davon ist zum Beispiel die übermäßige Milchproduktion. Überschüsse werden zu Milchpulver für den Export umgewandelt. Damit wird dann massiv der afrikanische Markt überschwemmt. Durch die Subventionen sind die Preise für dieses Milchpulver so niedrig, das es für afrikanische Landwirte so gut wie unmöglich ist, zu gleichen oder niedrigeren Preisen Milch anzubieten. Die Folge ist, dass sie keine Möglichkeit haben unter ökonomischen Bedingungen zu produzieren und die erwirtschafteten Produkte dann auch zu verkaufen. Trotz fehlender Produktionseinnahmen sind afrikanische Landwirte gezwungen, dass stark subventionierte Milchpulver aus EU-Staaten zu erwerben. Der afrikanische Markt wird hier mit aggressiven Mitteln unterdrückt und klein gehalten. Das führt nicht nur zu einer Konstanz von Armut, sondern leistet dieser auch noch enorm Vorschub. Doch nicht nur Landwirtschaft wird damit fast unmöglich, europäische Fangschiffe fischen zusätzlich die afrikanischen Küsten leer.

Dadurch gibt es Menschen, denen nichts anderes übrig bleibt als zu flüchten, weil sie ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Dass sich dann ausgerechnet in dem Land, dessen Wohlstand diese Menschen zwangsweise überhaupt erst ermöglichen, darüber aufgeregt wird, dass sie nach Deutschland kommen, ist mehr als zynisch. Jede_r von uns würde wohl in der gleichen Situation genauso handeln und versuchen woanders ein besseres Leben für sich und seine Familie aufzubauen. Was die jeweilige Fluchtursache auch ist, sie hat immer einen ernsthaften Grund. Denn niemand verlässt gezwungenermaßen von heute auf morgen seine Heimat in eine ungewisse Zukunft. Flüchtlinge sind Menschen genau wie wir, lassen Sie uns in Zukunft genauer ihre Beweggründe verstehen und heißen wir sie willkommen.

WÜNSCHENSWERT

So kann die Zukunft aussehen …

Wenn alle mitmachen – solidarisch und beherzt – können die Rassist*innen verdrängt werden! Ein Blick nach vorn.

Wenn das Leben ein Wunschkonzert wäre, würden sich die meisten wohl Diskriminierung, Rassismus, Ausgrenzung und Nazis weg wünschen. Sowohl in Adlershof als auch überall sonst. Da wir alle aber nur zu gut wissen, dass es so nicht ist, müssen wir selbst aktiv werden, um Zustände, die wir für untragbar halten, zu verändern. Genau darum geht es uns auch in dieser Zeitung. Wir zeigen uns solidarisch mit den Geflüchteten und gehen gegen Rassist*innen und Nazis in Adlershof vor. Was wir erreichen wollen ist Aufmerksamkeit. Wir wollen Probleme benennen und Rassisten aus der Deckung holen. Es geht nicht darum, Adlershof als schlimmsten Ort in Berlin zu brandmarken – sondern darum über die Situation von Geflüchteten und Asylsuchenden aufzuklären und Unterstützung und Solidarität zu ermöglichen. Wir wollen nicht mehr hinnehmen, dass rassistischen Parolen gegen Geflüchtete auf Applaus und Zustimmung stoßen. Genauso wenig werden wir hinnehmen, wenn organisierte Nazis versuchen Hand in Hand mit Anwohner*innen Menschen nicht-deutscher Herkunft zu bedrohen und zu vertreiben und ihre körperliche Unversehrtheit verletzen. Diese Situation kann sich nur ändern, wenn wir gemeinsam kämpfen. Denn die Abgrenzung gegenüber Nazis und Rassist*innen, ihrer Ideologie und ihren Taten muss von Vielen kommen. Damit es in Adlershof unbequem für sie wird. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass sich in Adlershof ein solidarisches Klima gegenüber den Geflüchteten entwickelt, die aufgrund der rassistischen deutschen Gesetze nicht selbst ihren Wohnort wählen dürfen, sondern gezwungen werden, in schlecht ausgestatteten Notunterkünften zu leben. Wir müssen gemeinsam deutlich machen, dass ihr Angriff gegen die Geflüchteten ein Angriff gegen uns alle ist und gegen die Art des Zusammenlebens, die wir uns wünschen und für die wir kämpfen. Denn: Nazis und Rassisten muss deutlich und sichtbar widersprochen werden, indem man sich auf die Seite derer stellt, die betroffen sind. Gemeinsam wollen wir eine solidarische Gemeinschaft in Adlershof aufbauen, in der sich die Nachbarschaft vernetzt, gemeinsam aktiv ist und aufeinander achtet. Einen Kiez schaffen, in dem Ausgrenzung und Diskriminierung keine Chance haben und Vielfalt und Respekt im Mittelpunkt stehen. Nazis und Rassist*innen sollen sich unwohl fühlen und merken, dass sie nicht die Meinung der Mehrheit widerspiegeln. Dabei sollten alle mitmachen – solidarisch und beherzt.

IMPRESSUM

***Adlershof**Aktuell* ist ein gemeinsames Projekt von antirassistischen und antifaschistischen Menschen aus Berlin-Adlershof.

Herausgeberin
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köpenick e.V.
Puchanstraße 12, 12555 Berlin
http://bda-koepenick.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.)
W. Meiser
Puchanstraße 12, 12555 Berlin

Bildredaktion
Theo Schneider

Kontakt
kontakt@bda-koepenick.de

Satz & Gestaltung
Florian Hirsch Projektarbeit

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 19.000 Exemplare

Hinweis
„Adlershof Aktuell“ dient ausschließlich Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich die Autor*innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des VVN-BdA Köpenick e.V. oder Autor*innen anderer Texte überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen.
Die Verteiler*innen sind nicht identisch mit den Urheber*innen der Zeitung.

Genderschreibweise
Zur Gleichstelllung von Frau und Mann sowie aller weiteren Geschlechteridentitäten hat sich die Redaktion für die Verwendung des Sternchens („*“) entschieden.

Mit freundlicher Unterstützung von:

Eine neue Unterkunft in Adlershof

Zur Situation vor Ort und in Berlin.

Als das Bezirksamt die Öffentlichkeit im Februar über die Eröffnung einer neuen Flüchtlingsunterkunft informierte, waren die Fragen und Befürchtungen der Anwohner*innen zahlreich und vielfältig. Wieviele Geflüchtete kommen nach Adlershof? Was passiert mit dem Hotelbetrieb, in dem die neue Unterkunft untergebracht ist? Gehen die Kinder der Geflüchteten zur Schule? Woher kommen die Menschen überhaupt? Manche Fragen konnte der Bezirk mithilfe von Bürgeranschreiben, Informationsmaterial und zwei Bürgerversammlungen in der Verklärungskirche, an der hunderte Bürger*innen teilnahmen, beantworten. Anderes wird sich im Laufe der kommenden Monate zeigen.

Was passiert hier?

Am 4. Juni sind die ersten von insgesamt 210 Menschen in die Gemeinschaftsunterkunft im ehemaligen Berolina Airport Hotel eingezogen. Zuvor musste der Hausbesitzer diverse Umbaumaßnahmen einleiten, die für der Inbetriebnahme nötig waren. So musste eine Fluchttreppe an der Fassade im Innenhof des Gebäudes installiert werden. Hier trennt nun ebenso ein Zaun das Grundstück der Unterkunft vom Hof der Nachbarn. Außerdem wird die Betonfläche entfernt, um etwas Grün zu pflanzen und den Geflüchteten und ihren Kindern einen Ort zum Entspannen und Spielen zu geben.

Zuständig auch für diese Gemeinschaftsunterkunft ist die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, genauer: das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), das verschiedene gemeinnützige Träger, aber auch Wirtschaftsunternehmen mit dem Betrieb beauftragt. Betrieben wird die Einrichtung vom gemeinnützigen Internationalen Bund (IB), einem bundesweiten Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Der Betrieb der Unterkunft ist für zunächst fünf Jahre, also bis Mai 2019, vorgesehen.

Die Menschen, die meist aus Syrien, Afghanistan, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Vietnam kommen, sind in Zimmern mit Dusche und WC untergebracht. Sie können sich in Gemeinschaftsküchen ihr Essen selbst zubereiten und erhalten von Sozialarbeiter*innen Unterstützung bei Behördengängen und Arztbesuchen. All das hat mit Bevorzugung und Luxus wenig zu tun. Wieviel Platz einem Asylbewerber in einer Unterkunft zur Verfügung steht, ob er sich selbst versorgen darf, wieviele Toiletten eine Unterkunft haben muss regeln Gesetze, Bestimmungen und die jeweiligen Verträge mit den Betreiberfirmen.

Der im Februar auf Anregung des Bezirksamtes gebildete Runde Tisch (RuTi) sieht sich als ein Willkommensbündnis aus vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, als Bindeglied zwischen Behörden und dem Internationalen Bund sowie den Bürger*innen aus Adlershof. Der RuTi will Anlaufstelle für Anfragen aller Art sein. Dabei sollen Ressentiments und Unsicherheiten von Anwohner*innen ausgeräumt werden. So wird immer wieder nach einer möglichen Erhöhung der Kriminalität rings um die Unterkunft gefragt. Dabei kann von einem Anstieg der Kriminalität um Gemeinschaftsunterkünfte keinerlei Rede sein, wie die Berliner Polizei selbst bestätigt.

Behauptungen in diese Richtung sind eindeutig rassistisch motiviert und sollen einzig Vorurteile schüren.

Wieder mehr Geflüchtete in Berlin

Weil die Zahl der Geflüchteten und Asylbewerber*innen seit ein paar Jahren wieder gestiegen ist, öffnet das Land Berlin in allen Bezirken Gemeinschafts- und Notunterkünfte, die meist in ehemaligen

Das Gebäude der neuen Unterkunft wurde bis Mai 2014 als Hotel betrieben.

Kasernen, Schulen und Verwaltungsgebäuden eingerichtet werden. Ziel der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften ist es, Wohnungslosigkeit von zu verhindern. Aufgrund der angespannten Situation des Berliner Wohnungsmarktes müssen die Geflüchteten oft montatelang in den Unterkünften bleiben, auch wenn sie Anrecht auf eine Wohnung haben.

Tatsächlich leben inzwischen viermal so viele Geflüchtete in der Hauptstadt wie noch 2009. Gleichzeitig sank in letzter Zeit die Zahl der Geflüchteten, die in regulären Wohnungen leben können, weil sie auf dem Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben und das von Land und Wohnungsbaugesellschaften geschaffene Kontingent viel zu klein ist. Daher sind inzwischen über 7.000 Menschen in Flüchtlingsunterkünften untergebracht, Tendenz steigend. Auch bundesweit zeichnet sich dieser Trend ab. Verschiedene oft schon seit Jahren schwelende Bürgerkriege und die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen in den Herkunftsländern führen zu dieser Entwicklung.

Treptow-Köpenick nimmt Geflüchtete auf

Auch Treptow-Köpenick nimmt entsprechend dem vom Sozialsenat erarbeiteten „Konzept zur gesamtstädtischen Unterbringungssteuerung in Berlin“ einige hundert Menschen auf. In der Köpenicker Landstraße betreibt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) bereits seit vielen Jahren eine dauerhafte Gemeinschaftsunterkunft mit 250 männlichen Geflüchteten. Seit Herbst 2012 existiert außerdem eine von einem privaten Unternehmer betriebene Notunterkunft in Grünau mit einer Kapazität von 138 Plätzen. Im November 2013 richtete das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) eine weitere Gemeinschaftsunterkunft im Salvador-Allende-Viertel ein, in der 223 Menschen Platz finden.

Willkommen in Treptow-Köpenick!

Doch nicht nur das Land Berlin und die Bezirksämter stehen in der Verantwortung. Es kommt auch auf uns an, Solidarität zu zeigen und Unterstützung anzubieten. Das Motto heißt: Refugees Welcome!

Rassismus? Das sind nicht nur Nazis

Seien wir ehrlich: Die paar Nazis sind es nicht, die das Leben der von Geflüchteten mancherorts zum Unding machen. Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ist und bleibt ein Privileg der Mehrheit gegenüber Minderheiten.

Diesem latenten Rassismus, der den „Fremden“ zwar wenig, aber dafür immer alles Schlechte zutraut, ist mit guten Argumenten nicht beizukommen. Rassismus hat viele Gesichter und findet sich im Arbeitsmarkt, im Staatsbürgerrecht, der Bildung, in der Verteilung von kulturellen und sozialen Ressourcen, in historischen Traditionen und im Alltag. Gerade weil die Ungleichbehandlung gesellschaftlich so präsent, aber für die meisten gleichzeitig unsichtbar ist, lohnt es sich, die Funktion von Ausgrenzung und Rassismus für eine Gesellschaft zu analysieren und zu hinterfragen.

Meist Jahrhunderte lang, über Sklaverei, Unterdrückung und Ungleichbehandlung trainiert, werden immer neue Spaltungslinien (z.B. Religionszugehörigkeit) gezogen, um die ungerechte Verteilung von Macht und Ressourcen zu begründen und Ausgrenzung zu legitimieren. Kurzum das „Fremde“ wird vor allem deshalb zu einem Problem konstruiert, um es im gleichem Atemzug auszugrenzen und dadurch eigene Privilegien zu legitimieren und zu sichern. Die Beurteilung von Menschen, anhand der Verknüpfung irgendwelcher Merkmale mit Prognosen über ihr künftiges Verhalten, hat sich derart verselbstständigt, dass die meisten es gar nicht mehr merken. Das Wiederkäuen der immer gleichen Vorurteile und unergründbaren Ängste hat den Effekt, dass von anderen gesellschaftlichen Widersprüchen und Problemstellungen abgelenkt wird.

Nazis können sich als willige Vollstrecker von „Volkes“ Meinung profilieren, weil sie mit ihrer Hetze auf fruchtbaren Boden fallen. Wie bestellt diente der „Anwohnerprotest“ 2013 in Hellersdorf dem Bundesinnenminister sofort als Argumentationshilfe zur Beschleunigung von Abschiebelverfahren und der Verschlechterung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden.

Wer etwas ändern will, sollte sich Gedanken darüber machen, welche Privilegien einem selbst zustehen, während andere davon auf Lebenszeit ausgeschlossen sind. Empathie für diejenigen, die angeblich so anders sind, kann helfen, die Realität mit anderen Augen zu sehen.

„Bürgerinitiativen“: Strategie der Neonazis

Immer wieder suchen NPD und andere Neonazis nach Strategien, verdeckt an Bürger*innen heranzutreten, um ihren Rassismus unverdächtiger platzieren zu können. Mit angeblichen Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge und Migrant*innen Stimmung zu machen versuchen sie seit den 1980er Jahren. Erfolgreich sind die Neonazis mit dieser Strategie allerdings erst seit 2013.

Unter Schlachtrufen wie „Nein zum Heim“, „Kinderschutz statt Asylbewerber“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ schafften es die Neonazis, an zahlreichen neuen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte die Ängste der Bevölkerung zu kanalisieren und sie hinter ihren rassistischen Bannern und Fackeln zu vereinen. So etwa in Berlin-Hellersdorf, Bautzen, Greiz, Wolgast, Gransee oder Bad Belzig. Protestveranstaltungen wurden schnell gekapert, wenn sie nicht eh von NPD-nahen Personen angemeldet wurden.

Insgesamt gab es bundesweit nach Medienrecherchen rund 50, von der NPD angemeldete, Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2013. In der ersten Jahreshälfte 2014 waren es schon 122. Einen traurigen Höhepunkt fand die rassistische Hetze im sächsischen Schneeberg, wo letztes Jahr rund 2.000 Menschen mit Fackel gegen Geflüchtete durch den Ort zogen.

Deutsche Jungs? NPD-Kundgebung gegen eine Bürgerversammlung am 7. April 2014 in der Adlershofer Verklärungskirche.

Auch bei Facebook …

Flankiert wurden die Aktionen mit ca. 40 Profilen in Sozialen Netzwerken. Die heißen „Nein zum Heim in Friesack“ oder „Bürgerbewegung Adlershof“, werden ebenfalls von der NPD oder NPD-nahen Neonazis ins Netz gestellt und mit „passender“ rassistischer Propaganda bestückt, etwa einem roten Button mit der Aufschrift „Asylmissbrauch? Nein Danke!“. Hier allerdings ist auffällig, dass sich mit der Zeit ein Netzwerk entwickelt hat, was in größeren Teilen selbstbezogen bleiben dürfte – also eher das neonazistische Klientel erreicht, als „unpolitische“ Bürger*innen in den Orten selbst. Dennoch fanden diese Facebook-Präsenzen medial einen großen Nachhall, zeigen sie doch Menschenverachtung live zum Mitlesen.

Die Vorgehensweise ist immer die gleiche: Eine vermeintlich überparteiliche „Bürgerinitiative“, als Sprachrohr besorgter Anwohner*innen, bringt rassistische und neonazistische Inhalte über das Internet, ohne das Stigma des Neonazis, in breitere Kreise. Mit Verweis auf Vorgänge andernorts und die ständige Ethnisierung der sozialen Frage versuchen die Nazis Empörung und Ablehnung zu erzeugen. Dabei profiliert sich die NPD als Anwältin der „kleinen Leute“ und einzige Partei, „die auch was macht“.

Auch in Adlershof gibt es gleich zwei vermeintliche Bürgerinitiativen mit offensichtlichem Neonazibezug. Sie heißen bei Facebook „Bürgerinitiative Treptow-Köpenick“ und „Nein zum Heim in Köpenick“. Dazu kommt für das Köpenicker Allende-Viertel eine Gruppe von Heimgegner*innen, bestehend aus Anwohner*innen und örtlichen BFC-Fans, die auch ohne NPD-Unterstützung in bester Stammtischmanier rassistische Inhalte verbreitet und zunehmend in die Öffentlichkeit drängen will. Auf Flugblättern forderte die Gruppe neben der Unterbringung von Asylsuchenden in Kasernen am Stadtrand auch: „keine Asylkinder in Deutschen Klassen“ und „Asylheime gehören nicht in die Nähe von Kitas und Schulen“.

Der Abschiebeknast in Berlin-Köpenick

In Deutschland gilt zweierlei Recht: Deutsche genießen die Grundrechte, „Ausländer“ hingegen sind dem Ausländergesetz unterworfen, mit vielen diskriminierenden Regelungen.

Zur Durchsetzung der „Ausreisepflicht“ sieht das deutsche Ausländergesetz ein spezielles Mittel vor: die Abschiebehaft. Damit die Abschiebung leichter durchgeführt werden kann, können Menschen bis zu 18 Monate inhaftiert werden.

Für das Berliner „Abschiebungsgewahrsam“ wurde ein ehemaliges DDR-Frauengefängnis in der Grünauer Straße in Köpenick umgebaut und im Oktober 1995 eröffnet. Es wurden Zellen für 350 Insass*innen geschaffen, in denen die Betroffenen mit bis zu sieben weiteren Personen gleichzeitig eingesperrt werden.

Die Insassen sind keinesfalls Straftäter*innen, sondern wurden einzig und allein wegen ihres „unerlaubten“ Aufenthalts in Deutschland inhaftiert.

Der Alltag in der Haft ist geprägt von einer rigorosen Einschränkung jeglicher Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit. Geld und Besitz wird den Gefangenen bei der Inhaftierung weggenommen und mit den Haftkosten verrechnet (circa 70 Euro pro Tag). Oft klagen Häftlinge, dass sie bei der Verhaftung keinen persönlichen Besitz mehr mitnehmen konnten, so dass sie bei der Abschiebung oder der Entlassung nur das besitzen, was sie bei der Verhaftung am Leibe hatten.

Für die Abschiebehäftlinge gibt es keine Beschäftigungsmöglichkeiten, lediglich einmal am Tag ist eine Stunde Hofgang vorgesehen. Daher sitzen sie in ihren Zellen mit vier Doppelstockbetten, am Boden fixierten Tischen und ohne Privatsphäre und warten auf ihr ungewisses Schicksal. Alle Fenster sind vergittert.

Auch um anwaltliche Unterstützung muss sich jeder Häftling selbst kümmern. Ihre Anwält*innen müssen die Häftlinge selbst bezahlen, denn ihnen werden keine Pflichtverteidiger*innen beigeordnet. So bleiben viele ohne Beratung, ohne Rechtsvertretung, ohne Kontakt nach außen. Zu schaffen macht den Gefangenen auch die Ungewissheit über die Länge der Haft und die Folgen der Abschiebung in Länder, in denen ihnen Folter und Verfolgung drohen. Mit diesen Ängsten werden sie sich selbst überlassen. Diese Haftbedingungen, die Rechtlosigkeit und die Ungewissheit führen bei vielen zu einer extremen Anspannung mit teilweise gravierenden psychischen und körperlichen Folgen.

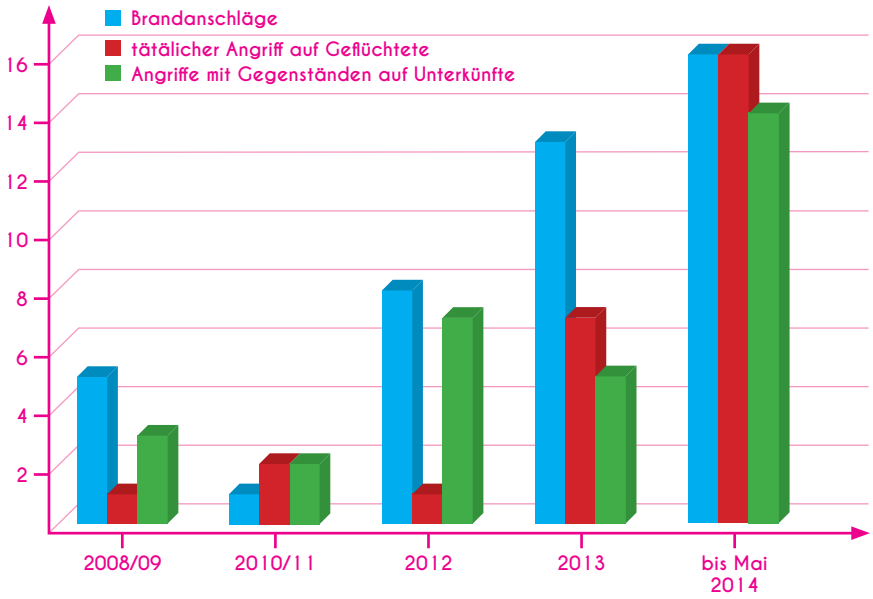
Regelmäßig stand der Abschiebeknast in Köpenick in der Vergangenheit in den Schlagzeilen. Grund dafür war die skandalöse Situation, in der die Häftlinge leben und ihr Widerstand dagegen. Immer wieder kam es zu Suizidversuchen. Mithilfe von kollektiven Hungerstreiks wurde von den Abschiebehäftlingen schon mehrmals gegen ihre Inhaftierung protestiert.

Neben dem Köpenicker Abschiebeknast entstand auf dem Gelände des Flughafens BER ein weiterer Abschiebknast. Der BER wurde immer noch nicht eröffnet, der Abschiebeknast war allerdings pünktlich fertig und ging als erstes Gebäude auf dem Flughafengelände in Betrieb. Dort können Menschen direkt nach ihrer Ankunft gefangen genommen und inhaftiert werden. Die Behörden tricksen dabei gezielt Gesetze aus, in dem sie behaupten, die Betroffenen seien offiziell noch nicht in die Bundesrepublik eingereist.

Die rigide Politik gegenüber den von Abschiebung bedrohten Menschen wird von vielen Parteien getragen, in Berlin derzeit vor allem durch den Senat aus SPD und CDU. Durch die wechselnden Regierungen änderte sich mitunter der Tonfall, nicht aber der Alltag der Inhaftierten. Während Kritik ausgesessen wird, reagiert die Berliner Politik auf Gesetzeslücken und Schlupflöcher sofort und repressiv. Immer wiederkehrende Proteste der Abschiebehäftlinge zeigen, dass sie nicht bereit sind, sich zu Objekten einer repressiven Abschiebepolitik degradieren zu lassen. Ihre Forderung ist auch unsere: Abschiebehaft gehört abgeschafft.

Rassistische Brandanschläge in Deutschland

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner*innen häufen sich.



Nur Zahlen? Angriffe auf Unterkünfte und ihre Bewohner*innen steigen dramatisch an.

Viele Menschen befürchten eine Rückkehr der rassistischen Gewalt der 90er Jahre. Damals wurden in Hoyerswerda, Solingen, Mölln und in weiteren deutschen Städten Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis angegriffen, während Bürger*innen applaudierten oder mitmachten. Flankiert wurde diese Gewalt von einer rassistischen Debatte, in deren Folge der Bundestag 1993 durch massive Einschränkungen die faktische Abschaffung des Asylrechts beschloss. Die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse sind zwar andere, die rassistische Gewalt gegen Geflüchtete nimmt jedoch wieder erschreckend zu. Die Amadeu Antonio Stiftung führt eine Chronik zu rassistischer Gewalt und Provokationen gegen Geflüchtete. In diesem Jahr gab es bundesweit bereits 30 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, in der ersten Jahreshälfte also mehr als im gesamten letzten Jahr (siehe Grafik), davon 16 Brandanschläge! Die Berichte sind Auszüge aus der Chronik und verdeutlichen das Ausmaß der Gewalt:

01.01.2014 BERLIN-ADLERSHOF

Unbekannte befestigen Knaller-Batterien an den Türen des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße und beschädigen die Glasscheiben zweier Türflügel. Auch eine Kita, in der sich eine Unterstützungsgruppe der Geflüchteten trifft, wird auf die gleiche Weise attackiert. Menschen werden in beiden Fällen nicht verletzt. Initiiert vom Antirassistischen Infoportal Berlin-Brandenburg demonstrieren 250 Menschen gegen die Angriffe und entfernen rassistische „Nein zum Heim“-Propaganda in Adlershof.

08.01.2014 GERMERING (BAYERN)

Am frühen Morgen steckt ein Unbekannter ein Gebäude einer Gemeinschaftsunterkunft an, in der insgesamt 60 Geflüchtete wohnen. Sie können vor den Flammen ins Freie flüchten, da ein heimkehrender Bewohner den Brand rechtzeitig entdeckt. Die Feuerwehr kann die Ausbreitung der Flammen auf die Zimmer der Geflüchteten verhindern. Laut Bewohner*innen gab es in der Zeit davor bereits Anfeindungen. Es entsteht ein Sachschaden von 200.000€.

12.01.2014 WOHRATAL (HESSEN)

Vier Jugendliche dringen gegen 4.30 Uhr in die Asylunterkunft in Wohratal ein und verwüsten sie. Zunächst beschädigen sie die Fenster und Jalousien im Erdgeschoss, dann verschaffen sie sich Zutritt und treten mehrere Türen ein. Sie bedrohen und beleidigen die Bewohner*innen. Verängstigt verständigen diese die Polizei, die erst nach einer halben Stunde eintrifft. Eine schwangere Frau muss wegen der Aufregung in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Täter können gefasst werden und geben den Angriff anschließend auch zu, behaupten aber nicht rechtsradikal zu sein.

19.01.2014 HEILIGENHAUS (NRW)

Nachdem bereits mehrfach Müllcontainer außerhalb des Flüchtlingswohnheims angezündet worden sind, brennt es diesmal innerhalb des Hauses: Matrazen werden in den Sanitärräumen des 2. Obergeschosses und im Treppenraum des Erdgeschosses angezündet. Ein Bewohner atmet viel Rauch ein. Die „Karawane Wuppertal“, eine Initiative die Geflüchtete unterstützt, fordert eine dezentrale Unterbringung, um die Gefahr zu nehmen.

29.04.2014 BERLIN-KÖPENICK

In der Nacht zu Mittwoch haben zwei Männer versucht, die Sammelunterkunft für Geflüchtete in der Salvador-Allende-Straße in Berlin-Köpenick in Brand zu setzen. Nach Polizeiangaben besprühen die beiden kurz vor 23 Uhr eine Notausgangstür aus Metall des Flüchtlingsheims mit einer Flüssigkeit und zünden sie an. Einer der Täter zeigt dabei den Hitlergruß. Nach wenigen Minuten erlöschen die Flammen von selbst. Kurze Zeit später nimmt die Polizei einen 20-jährigen und einen 21-jährigen Mann als Tatverdächtige in der näheren Umgebung fest.

Die gesamte Chronik findet sich laufend aktualisiert unter: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Was tun bei Übergriffen auf Andere?

1) Vorbereitet sein

Überlegen Sie sich eine Situation, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen, was sie von anderen erwarten und was Sie tun würden.

2) Ruhig bleiben

3) Genau beobachten

Angreifer*innen haben Angst wiedererkannt zu werden. Deshalb kann bereits das bloße Beobachten einer Situation für diese abschreckend sein. Merken Sie sich das Gesicht und die Kleidung der AngreiferInnen und ggf. ihre Fluchtrichtung.

4) Sofort reagieren

Reagieren Sie immer sofort, erwarten Sie nicht, dass jemand anderes hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

5) Aufmerksamkeit erzeugen

Gehen Sie auf andere umstehende Personen zu und fordern Sie diese auf, Ihnen zu helfen. Sprechen Sie umstehende Personen direkt und persönlich an: „Sie im grünen Pullover, können Sie bitte das Zugpersonal rufen?“.

6) Hilfe holen

In Verkehrsmitteln sagen Sie dem_der Fahrer*in bescheid oder ziehen Sie die Notbremse. Auf der Straße: Schreien Sie laut! Am besten „Feuer!“ – das erregt Aufmerksamkeit.

7) Zur angegriffenen Person halten

Nehmen Sie Blickkontakt zum_r Betroffene_e auf. Das vermindert seine*ihre Angst. Sprechen Sie den_die Betroffene_n direkt an: „Ich helfe Ihnen!“.

8) Keine Gewalt anwenden

Spielen Sie nicht den/die Held*in und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein, diese führen häufig zur Eskalation. Fassen Sie die Angreifer*innen niemals an, sie können dann schnell aggressiv werden.

9) Angreifer_innen nicht provozieren

Duzen Sie die Angreifer*innen nicht, damit andere nicht denken, Sie würden sie kennen. Blicken Sie den Täter*innen fest ins Gesicht, aber nicht provozierend. Damit machen Sie klar, dass sie die Täter*innen später wieder erkennen können. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifer*innen, nicht aber ihre Person.

10) Sich um den/die Betroffene_n kümmern

Kümmern Sie sich um die Betroffene_n, während Sie auf die Polizei warten. Leisten Sie Erste Hilfe oder seelischen Beistand. Stellen Sie sich als Zeug*in zur Verfügung. Melden Sie den Vorfall Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie ReachOut in Berlin. ReachOut Berlin bietet Betroffenen und Zeugen rechter Gewalt Beratung und Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym und setzt keine Anzeigenerstattung bei der Polizei voraus. Die Berater*innen vor Ort orientieren sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und helfen bei Bedarf weiter oder vermitteln an geeignete Stellen. **www.reachoutberlin.de**

UFFMUCKEN gegen Nazis – in Schöneweide, Adlershof und ...!

Eine Initiative stellt sich vor.

Keine leeren Worte! Uffmucken engagiert sich für Geflüchtete und gegen Rassismus.

Um den bestehenden Neonazi-Strukturen in Schöneweide etwas entgegenzusetzen, hat sich Anfang 2012 die Initiative UFFMUCKEN gegründet. Dafür haben sich alternative Jugendliche und verschiedenste Initiativen mit dem Ziel zusammengeschlossen, durch eine bunte und lebendige (Gegen-)Kultur dem braunen Treiben und alltäglichen Rassismus auf der Straße ein Ende zu bereiten. UFFMUCKEN will informieren und Öffentlichkeit herstellen, antifaschistische Aktivitäten vernetzen und Druck erzeugen, um die Nazis endlich aus den Kiezen zu verdrängen. Dabei geht es auch um ein politisches Signal: Schöneweide ist unser Kiez – und unser Kiez soll nazifrei werden!

Jüngste Erfolge des öffentlichen Drucks: im Frühjahr 2014 musste der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke sein Geschäft („Hexogen“) in der Brückenstraße aufgeben, in dem „alles für den Aktivisten“ verkauft wurde. Ebenso wurde der berlinweite Neonazi-Treffpunkt, die Kneipe „Zum Henker“, nach massiven Protesten geschlossen.

... JETZT GEHT ES UM ADLERSHOF!

Seit 2013 engagiert sich UFFMUCKEN auch verstärkt gegen Rassismus im Zusammenhang mit der Eröffnung von Sammelunterkünften für Geflüchtete im Bezirk Treptow-Köpenick. Es geht uns darum, eine solidarische Willkommenskultur zu etablieren, wenn Menschen vor Not und Vertreibung fliehen. Rassistischer Ausgrenzung und menschenverachtender Hetze setzen wir ein tolerantes und respektvolles Miteinander entgegen. Dafür engagieren wir uns beim Aufbau von Deutschkursen für Geflüchtete, gemeinsamen Festen oder Kinobesuchen.

Wir protestieren, wenn „Nein-zum-Heim“-Kampagnen oder die NPD (wie im Zuge der Europawahl 2014) aktiv sind oder Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte geschehen. Und wir treten gegen eine rassistische staatliche Asylpraxis, gegen Abschiebungen und diskriminierende Polizeikontrollen ein, denen Geflüchtete ausgesetzt sind.

UFFMUCKEN will verändern. Hier und Jetzt. Unser Ziel ist ein schönes Leben für Alle.

Wenn Ihr auch null Bock auf Nazis habt und mit kreativen Aktionen eine antifaschistische und antirassistische Kultur in Adlershof verankern wollt, dann zögert nicht! Macht mit und meldet euch bei UFFMUCKEN unter: info@uffmucken-schoeneweide.de!

Runder Tisch Adlershof

Hier machen alle mit: der Runde Tisch zur Unterstützung des Asylbewerber*innenheims Adlershof.

Im Februar 2014 hat sich aus der Zivilgesellschaft Adlershofs ein Runder Tisch gebildet, der die Eröffnung des Asylbewerber*innenheims in Adlershof begleitet. Der Runde Tisch ist Bindeglied zwischen den Behörden sowie dem Träger des Asylbewerber*innenheims einerseits und Vereinen sowie Bürger*innen andererseits.

WER SITZT AM RUNDEN TISCH?

Evangelische und katholische Gemeinden, Mitglieder mehrerer Parteien, das Bezirksamt, die Polizei, die DirektorInnen der Schulen und ElternvertreterInnen, Wohnungsgenossenschaften, das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), der SV Berlin-Chemie, die bezirkliche Anlaufstelle für MigrantInnen „InteraXion“ und viele Bürger*innen haben sich zusammengeschlossen, um Anlaufstelle für Anfragen aller Art aus der Bürgerschaft zu sein und eine reibungslose Integration der Flüchtlinge sicherzustellen.

WAS MACHT DER RUNDE TISCH?

Der Runde Tisch trifft sich regelmäßig einmal im Monat, um Informationen auszutauschen und die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Der Runde Tisch hat zudem einen Sprecher*innenrat gewählt, der aus insgesamt sieben VertreterInnen mehrerer Parteien und kirchlicher Gemeinden sowie der Bürgerschaft besteht. Dieser setzt die Aufträge aus den Sitzungen des Runden Tisches in Kooperation mit den relevanten Akteur*innen um und ist Ansprechpartner für Anfragen aller Art. Er stellt die gute Zusammenarbeit mit dem Träger des Heimes, dem Bezirksamt und der Polizei sicher.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Runden Tisches liegt auf der korrekten Information von BürgerInnen und Vereinen. Dafür haben wir einen Flyer entwickelt, der an die BürgerInnen in Adlershof verteilt wird. Außerdem bieten wir öffentliche Sprechstunden an, wie zuletzt am 28. Mai in der Alten Schule, bei denen sich Bürger*innen informieren können. Zusätzlich kooperieren wir mit Wohnungsgenossenschaften, Schulen und dem Bezirksamt, um auf Bürger*innenversammlungen Gesprächsangebote zu unterbreiten.
In Zusammenarbeit mit dem Träger der Unterkunft wird sich unser Fokus mit Eröffnung der Unterkunft etwas verlagern: Wir werden, falls nötig, Spendenaufrufe organisieren und wollen ein gemeinsames Sommerfest veranstalten, bei dem Bürger*innen und Flüchtlinge einander kennenlernen. Außerdem vermitteln wir Freiwillige, die den Flüchtlingen Hilfestellung geben können und erarbeiten Angebote in kulturellen, sportlichen und anderen Bereichen für die Flüchtlinge.

WIE KANN MAN HELFEN?

Es werden noch Freiwillige gesucht, die den Flüchtlingen bei Behördengängen helfen oder sich eine Patenschaft vorstellen können. Diese kann auch in kulturellen oder sportlichen Aktivitäten oder einer Hausaufgabenhilfe bestehen.

WAS ERWARTET ADLERSHOF?

Am 04. Juni wurde in der Radickestr./Adlergestell ein Asylbewerber*innenheim mit 210 Plätzen eröffnet. Eine Aufstockung ist nicht möglich. Träger ist der gemeinnützige Internationale Bund. Weitere Asylbewerber*innenheime sind in Adlershof nicht geplant.
Der Staat muss Personen Schutz gewähren, denen in ihrem Herkunftsland Verfolgung droht. Außerdem darf niemand abgeschoben werden, dem im Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben, Folter oder erniedrigende unmenschliche Behandlung droht.

Das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales und die Polizei haben bei keinem einzigen Asylbewerber*innenheim in Berlin eine erhöhte Kriminalitätsrate festgestellt. Daher ist dies auch für Adlershof nicht zu erwarten. Zusätzlich erarbeitet die Polizei mit dem Träger des Heimes ein Sicherheitskonzept, das auch die Abwehr rechtsgerichteter Kriminalität einschließt.

Kinder im schulfähigen Alter werden eine Schule im Kiez besuchen. Alle Adlershofer Schulen sind Teil des Runden Tisches und bereiten sich auf die Ankunft der Flüchtlingskinder vor.

Positionen in anderen Artikeln dieses Blattes stimmen nicht notwendigerweise mit den Positionen des Runden Tisches überein. Interessierte können sich an den Sprecher*innenrat wenden: ruti.ahof@gmail.com

Willkommen in Berlin?!

Wenn Nazis und Rassist*innen gegen Asylsuchende und Sammelunterkünfte mobil machen, ist zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gegenwehr ist notwendiger denn je.

Schnelle Unterstützung in Form von Sachspenden und Willkommensfesten ist gut und wichtig. Doch wie kann eine ‚Willkommenskultur' etabliert werden, die langfristig angelegt ist und den Geflüchteten und Asylsuchenden auf Augenhöhe begegnet?

Eine echte ‚Willkommenskultur' kann beitragen, die Teilhabechancen Geflüchteter zu erhöhen und den Weg für tatsächliche politische Mitbestimmung zu ebnen. Ohne die kritische Benennung einer ausgrenzenden Asylpolitik und rassistischer Praxen geht das aber nicht. Zudem sind Geflüchtete und Asylsuchende in besonderem Maße von rassistischer Diskriminierung betroffen. Sofern sie in Sammelunterkünften leben müssen, sind sie einfach lokalisierbar und ein leichtes Ziel für Rassist*innen. Auch in Treptow-Köpenick ist die Gegenwehr von einigen wenigen rassistisch gesinnten Anwohner*innen, unterstützt von der Berliner NPD, gegen die neu öffnenden Einrichtungen recht groß. Rassistische Stereotype auf den vom Bezirksamt organisierten ‚Bürgerversammlungen' wechseln sich mit Aufrufen zum Massenmord auf den Facebook-Profilen der rechten ‚Nein-zum-Heim'-Initiativen ab; NPD-Kundgebungen folgen auf nächtliche Schmierereien und eingeschlagene Fensterscheiben.

Es ist daher umso wichtiger, dass Zivilgesellschaft, Bezirkspolitik und demokratische Parteien deutliche Signale aussenden. Dies reicht von der offenen Information an die Anwohner*innen über die Bildung von Runden Tischen, an denen sich Bezirksamt und Anwohner*innen zusammen mit Kirchengemeinden, Sportvereinen, Jugendclubs und Polizei über den Stand der Dinge, aber auch über Probleme austauschen können.

AUS FEHLERN LERNEN

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick beispielsweise hat aus den negativen Erfahrungen mit der rassistischen Mobilisierung im Nachbarbezirk Marzahn-Adlershof Schlüsse gezogen und verfolgt im Zuge der Eröffnung neuer Sammelunterkünfte ein mehrstufiges Informationssystem: Sobald das zuständige und dem Sozialsenator untergeordnete Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) das Bezirksamt über die geplante Inbetriebnahmeeiner Unterkunft informiert, setzt dieses gezielt zentrale Akteure des jeweiligen Ortsteiles in Kenntnis und berät über das gemeinsame Vorgehen bei der Information der Bürger*innen. Im Anschluss werden unmittelbare Anwohner*innen postalisch durch das Bezirksamt über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt und persönlich zu einer Informationsversammlung eingeladen, bei der Fragen geklärt werden können. Besonders häufig gestellte Fragen über die ankommenden Geflüchteten, über die Beschaffenheit von Sammelunterkünften, über den Schulbesuch der Kinder usw. können bereits einfach in einer knappen Handreichung beantwortet werden, wie sie das Zentrum für Demokratie für den Bezirk Treptow-Köpenick erstellt hat. Gleichzeitig werden die bereits erwähnten lokalen Runden Tische ins Leben gerufen.

NEUE WEGE GEHEN

Trotzdem soll die Unterbringung von Menschen auf engstem Raum und ohne ausreichende Privatsphäre in Sammelunterkünften nicht zum Dauerzustand für die Geflüchteten werden. Ziel muss es sein, Menschen mit regulärem Aufenthaltsstatus eigenen Wohnraum zu vermitteln. Obwohl die Zahl der Geflüchteten und Asylsuchenden im vergangenen Jahr angestiegen ist, sank die Zahl der in Wohnungen untergebrachten Personen in Berlin von etwa 10.000 (2010) auf nur noch 7.500 (2013). Verantwortlich für die prekäre Lage ist insbesondere der stark angespannte Wohnungsmarkt in der Hauptstadt. Hier gilt es, Lösungen zu finden, die ein Ankommen der Geflüchteten ermöglichen. Denn viele werden langfristig bleiben und sich ein neues Leben aufbauen.

In diesem Sinne sollten lokale Initiativen ihre Forderungen verallgemeinern: denn in einer interkulturellen Gesellschaft sollten alle Menschen mitbestimmen und gestalten können, wenn es um Fragen nach ausreichend gutem Wohnraum, Zugang zur Gesundheitsversorgung und genügend Geld zum Leben geht.

Ein Text des Zentrums für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD). Das ZfD fördert zivilgesellschaftliches Engagement im Bezirk. Informationen unter: http://zentrum-für-demokratie.de

Zeichen setzen! Im März 2014 protestierten Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen des Internationalen Bundes gegen rassistische Hetze vor der neuen Unterkunft in der Radickestraße.

Skateboards helfen

Die bezaubernde Kurzdoku „We say hello with skateboarding" zeigt, wie einfach es ist mit einer solidarischen Geste Menschen glücklich zu machen.

http://www.youtube.com/watch?v=L7tpwGHaQvY

Fakten zu Asylverfahren

Menschen, die sich im Asylverfahren befinden, werden Asylsuchende genannt. In diesem werden die **Zulässigkeit des Antrags** (der Großteil der Menschen wird in das Land zurückgeschickt, über das sie die EU als erstes betreten haben) und danach die **Fluchtgründe** geprüft.

Im ersten Jahr des Aufenthalts ist das **Arbeiten verboten**, danach stark eingeschränkt. Die staatlichen **Sozialleistungen sind niedriger** als für Deutsche. Statt Geld erhalten Flüchtlinge, je nach Bundesland, vor allem **Sachleistungen** (Unterbringung im Heim, Gutscheine, Lebensmittel- oder Hygienepakete, gesundheitliche Notversorgung), die noch weiter gekürzt werden können.

Flüchtlinge müssen außerdem in den ihnen zugewiesenen Unterkünften wohnen und dürfen ihren Aufenthaltsort nicht ohne besondere Erlaubnis verlassen. Diese Beschränkung heißt **Residenzpflicht**.

Fazit: Ziel der Asyl-Gesetze ist es, nicht Schutzsuchenden ein normales Leben hier zu ermöglichen, sondern sie von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken bzw. ihnen das Leben hier so unangenehm wie möglich zu machen.

Ich will was machen, aber wie?

In Gesprächen mit Nachbar*innen werden verschiedene Ansichten in Bezug auf die neue Unterkunft für Asylsuchende und geflüchtete Menschen in Adershof ausgetauscht. Den meisten Menschen ist die Eröffnung egal, einige wollen die Neuankömmlinge unterstützen, andere haben Angst und wiederum andere sind strikt gegen die Unterkunft in Adlershof. Vielen fehlt es an konkreten Informationen und Argumenten – das lässt sich ändern. Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung haben drei Publikationen herausgegeben, die die gängigsten Vorurteile und Argumentationen behandeln und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

„Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile." listet Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge auf.

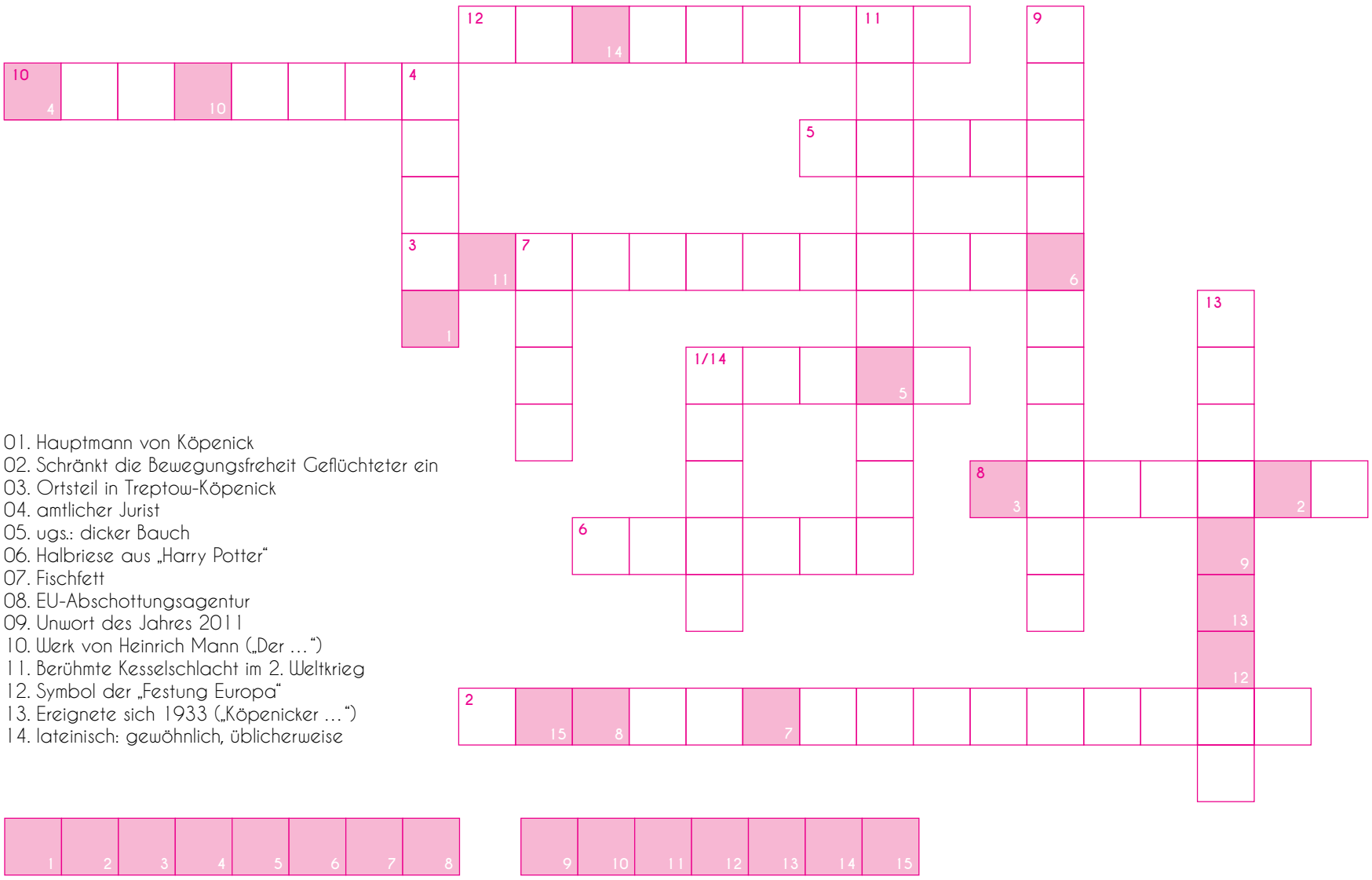
„Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge" zeigt, wie rechter Hetze funktioniert und wie man ihr etwas entgegengesetzen kann.

„Flüchtlinge Willkommen heißen" skizziert, wie Willkommenskultur gemeinsam gestaltet werden kann.

Alle drei Publikationen und weitere Informationen gibt es unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de oder www.proasyl.de.

Mitmachen und gewinnen!

Die ersten zehn Einsender*innen bekommen einen praktischen Gewinn, mit dem sie gleichzeitig ihre Solidarität zeigen können. Das richtige Lösungswort können Sie per Email an kontakt@bda-koepenick.de unter Angabe Ihrer Postanschrift einsenden.



01. Hauptmann von Köpenick
02. Schränkt die Bewegungsfreheit Geflüchteter ein
03. Ortsteil in Treptow-Köpenick
04. amtlicher Jurist
05. ugs.: dicker Bauch
06. Halbriese aus „Harry Potter“
07. Fischfett
08. EU-Abschottungsagentur
09. Unwort des Jahres 2011
10. Werk von Heinrich Mann („Der …“)
11. Berühmte Kesselschlacht im 2. Weltkrieg
12. Symbol der „Festung Europa“
13. Ereignete sich 1933 („Köpenicker …“)
14. lateinisch: gewöhnlich, üblicherweise

AKTIV WERDEN – SO GEHT'S!

Sie wollen helfen, eine positive Willkommenskultur in Adlershof zu schaffen?

Den Geflüchteten in der Unterkunft konkret zu helfen ist eine Möglichkeit. Ebenso wichtig ist es aber auch, „nein“ zu sagen, wenn mal wieder rassistische Sprüche fallen – sich einzumischen und Gesicht zu zeigen. Machen Sie auch anderen klar, dass Rassismus und nazistisches Gedankengut in einer solidarischen Gesellschaft keinen Platz haben.

INFORMIEREN, VERNETZEN, SCHULEN!

Das Projekt **InteraXion** ist die Anlaufstelle für Migrant*innen im Bezirk. Gemeinsam mit Anderen streitet das Projekt für ein interkulturelles Miteinander und unterstützt bei eigenen Veranstaltungen oder Kampagnen. Es werden Handreichungen und Veranstaltungen sowie Fortbildungen für Pädagog*innen und Ehrenamtliche geboten.
www.zentrum-für-demokratie.de

STETS INFORMIERT

Um den geflüchteten Menschen das Ankommen im Bezirk zu erleichtern und einen Austausch mit der Zivielgesellschaft vor Ort zu ermöglichen, hat sich das Netzwerk **Refugees Welcome Treptow-Köpenick** gegründet. Es bietet Informationen für Anwohner*innen und Geflüchtete, koordiniert Unterstützungsangebote und möchte auf eine Verbesserung der Lebenssituation der Geflüchteten hinwirken.
www.willkommenintk.de

SPRACHKURSE ANBIETEN

Der Berliner Verein **Multitude e.V.** koordiniert ehrenamtliche Deutschkurse für Flüchtlinge. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten zu unterstützen.
Bieten Sie kostenlose Sprachkurse an. Das trägt dazu bei die alltäglichen Hürden zu überwinden, gleichberechtigte Kooperation und Interaktion auf Augenhöhe zu fördern.
www.multitude-berlin.de

INITIATIVEN GEGEN RASSISMUS

REACH OUT
Beratung für Opfer rassistischer Gewalt
www.reachoutberlin.de

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN
Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen
www.fluechtlingsrat-berlin.de

ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE TREPTOW-KÖPENICK
www.zentrum-für-demokratie.de

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN
www.mbr-berlin.de